

MITTWOCHSKOLUMNE

Nicht selten fragt man mich hier in Deutschland: „Wie finden die Russen den neuen US-Präsidenten?“ Darauf bin ich vorbereitet: Ich habe seit langem zwei Standardantworten vorrätig – abwechselnd genutzt, je nachdem. „Keine Ahnung, ich wohne ja nicht in Russland“, lautet die erste. „Schwer zu sagen, aber definitiv besser als George W. Bush“ die zweite. Da letztere ein weiteres „Warum?“ nicht ausschließt, ist für den Fall das rasche Endspiel vorbereitet: „Weil Obama neu ist.“

Wenn man die Frage ernsthaft beantworten will, muss man sich an Fakten orientieren. Es lohnt sich hier, an das spezifische Weltbild der Russen zu erinnern. Die USA bleiben bis heute im Bewusstsein des durchschnittlichen Russen der politische Gegner und – im Unterbewusstsein – ein potenzieller Feind. Eine weitere Besonderheit besteht darin, dass die russischen Bürger gewissermaßen au-

ßenpolitisch berauscht sind von der eigenen nationalen Größe. Obwohl Russland seit langem nicht mehr politisch isoliert ist, entstand noch keine wirkliche staatliche Offenheit. Russland ist von allem, was in den USA geschieht, noch weitgehend abgeschottet. Es gibt im ganzen Lande keine einzige gesellschaftliche oder wirtschaftliche Institution, die von Amerika ähnlich abhängig wäre, wie das in Europa der Fall ist.

Ausländerfeindlichkeit und patriarchalische Anschauungen sind in Russland immer noch stark verbreitet. In einem russischen Weblog kann man beispielsweise lesen: „Die Welt steht kopf: In Deutschland regiert ein Weib, in den USA ein Neger.“ (Was im russischen Sprachgebrauch allerdings kein Schimpfwort ist.)

Vor diesem Hintergrund wurden in Russland zwei Umfragen durchgeführt, deren Ergebnisse bemerkenswert

Von außen betrachtet



Andrey Kobyakov

Obama und die Russen

Der russische Journalist Andrey Kobyakov arbeitet für die Internet-Redaktion der „Deutschen Welle“.

erscheinen. Der einen Umfrage zufolge wollte bereits im Oktober 2008 jeder vierte Russe Barack Obama als US-

Präsident sehen. Sein republikanischer Gegenspieler John McCain musste sich mit nur 15 Prozent „russischer Stim-

men“ begnügen. Allerdings konnte rund die Hälfte der Befragten die Frage nicht beantworten, welche politische US-Partei für den Kreml günstiger wäre.

Ende Januar 2009, also nach der Amtseinführung von Obama, wurden die Russen nochmals befragt. Zwei Drittel meinten, dass der neue US-Präsident dem politischen Kurs seines Vorgängers nicht folgen solle. Jedem dritten Russen ist der neue Chef des Weißen Hauses absolut egal. 20 Prozent verbinden mit Obama „große Hoffnungen“, und über ein Viertel empfindet „Respekt und Sympathie“ für den neuen US-Präsidenten. Ganze 7 Prozent meinen, dass die USA einen anderen, „würdigeren“ Staatschef brauchen. Dabei geben 17 Prozent der Befragten offen zu, nicht zu wissen, was für ein Mensch Obama überhaupt ist.

Unter russischen Experten kursieren, grob gesagt, zwei

Prognosen. Der einen zufolge werden die ersten paar Monate der Präsidentschaft Obamas von positiver Rhetorik und guten Absichten gekennzeichnet sein. Danach werde der neue Präsident aber sehr schnell seinen Platz im System der amerikanischen politischen Elite einnehmen und keine eigenständigen Entscheidungen mehr treffen. Die zweite Prognose stellt Obama nur ein kurzes Leben in Aussicht; dabei wird ständig an John F. Kennedy erinnert und darauf hingewiesen, dass ein politischer Mord in den USA kein Ding der Unmöglichkeit sei.

Die Tatsache, dass beide Zukunftsszenarien für Obama negativ ausfallen, kann mit den anfangs hinterlegten inner-russischen Hintergründen erklärt werden; offenbar übertragen selbst russische Experten (unbewusst?) die politische Realität in Russland auf die Ebene der internationalen Politik.

LANDTAG

CSU überdenkt Umgang mit Flüchtlingen

München – In der CSU steht ein überraschender Kurswechsel in der Flüchtlingspolitik an. Der junge Landtagsabgeordnete Oliver Jörg will die Lage von Asylbewerbern verbessern. Die Zustände in den Gemeinschaftsunterkünften seien „menschlich unwürdig“. Er will in seiner Partei eine Lockerung der strengen Regeln für die Unterbringung durchsetzen – mit hoher Aussicht auf Erfolg.

Die CSU-Regierung hatte für Asylbewerber vor wenigen Jahren die Pflicht verfügt, in Gemeinschaftsunterkünften zu leben und den Landkreis nicht zu verlassen. „Wir müssen das verändern“, fordert Jörg nach mehrstündigen Besuchen vor Ort. Fremde seien auf engstem Raum zusammengepfercht, für Kinder sei die Situation katastrophal, es werde kaum Deutsch gesprochen und dann „nur in Fäkal-sprache“. So sei jede Integration ausgeschlossen. Jörg fordert, dass zumindest Famili-



Oliver Jörg

will die Flüchtlingspolitik seiner CSU neu ausrichten

en, unbegleitete Kinder, traumatisierte und kranke Flüchtlinge mittelfristig auch außerhalb der Unterkünfte leben dürfen. Die Residenzpflicht soll auf den Regierungsbezirk ausgeweitet werden, sagte der 36-Jährige unserer Zeitung.

Bayernweit sind in 118 Unterkünften 7630 Asylbewerber untergebracht. Die Regeln, wer ins Land darf, will Jörg nicht ändern, streitet aber intensiv für die Verbesserung der Lage. Es gebe nun etliche Kollegen in der Fraktion, die die gesetzliche Lage überdenken wollten. Erster Erfolg: Am 23. April lädt der Sozialausschuss zu einer Expertenanhörung. Ausschusschefin Brigitte Meyer (FDP) sagt, sie erhoffe „im Ergebnis Lockerungen“. Das sei „Konsequenz durch alle Parteien“.

Sozialministerin Christine Haderthauer (CSU) zeigt sich absolut offen: „Ich möchte die Asylpolitik des Freistaats zeitgemäß ausrichten.“ Haderthauer erinnert an die Schließung von Container-Unterkünften jüngst in München. Sie verlangt eine „zeitgemäße Ausrichtung und Wohnqualität“ der Unterkünfte. Das müsse besonders die Bedürfnisse von Familien achten. cd

OBAMA SETZT US-KONJUNKTURPAKET IN KRAFT

Rettung für „Joe den Klempner“?

Die US-Demokraten feiern die Verabschiedung von Präsident Obamas Konjunktur-Paket, doch viele Bürger zweifeln an dessen Wirksamkeit.

VON FRIEDEMANN DIEDERICHS

Washington – 787 Milliarden US-Dollar. Das ist eine Anzahl von 100-Dollar-Banknoten, die – legt man sie aneinander – nach Aussage von Statistikern die Erde fast 40 Mal umfassen würden. Oder, wie es der populäre TV-Komödiant Jon Stewart jetzt ausdrückte: „Damit kann man sogar eine Decke für den Planeten Jupiter herstellen.“

Doch nicht jedem Amerikaner ist angesichts des „wichtigen Meilensteins“ (US-Präsident Barack Obama), mit dem der Wahlgewinner eine Erholung der Konjunktur erreichen und drei bis vier Millionen Arbeitsplätze sichern oder neu schaffen will, zum Scherzen zumute. Denn Mathematiker haben ausgerechnet, dass dem Durchschnittsbürger von Juni diesen Jahres an zunächst einmal ganze 13 Dollar pro Woche mehr im Geldbeutel verbleiben, wenn das teuerste Ausgaben-Paket seit Ende des Zweiten Weltkriegs Rechtskraft erlangt. „13 Dollar pro Woche – das reicht für eine extra Pizza, aber nicht für die nächste Rate meiner Hypothek“, beklagt sich Jim Weaver aus Baltimore in einer E-Mail an den Sender CNN, der seine Zuschauer zu Stellungnahmen aufgerufen hat.

Gestern hat Obama das Paket in der Stadt Denver mit seiner Unterschrift feierlich abgesegnet. Es soll „Joe dem Klempner“, wie der Mann auf



Feierlicher Moment: US-Präsident Barack Obama unterschreibt das Gesetz zum US-Konjunkturprogramm; links sein Vize Joe Biden.

FOTO: REUTERS

der Straße im Jargon der US-Politiker mittlerweile gerne beschrieben wird, „einen Weg in eine hellere Zukunft“ weisen. Doch vielen fehlt der Glaube an schnelle Hilfe und die Seriosität des Plans. „Wir werden von der Regierung unserer Steuergelder beraubt“, lehnt beispielsweise Will Tufts den Stimulus-Plan ab, „Obama belohnt damit doch nur seine Anhänger. Wie können denn 80 Millionen Dollar zur Verhinderung von Gewalt in Familien oder 90 Millionen für Museen die Konjunktur ankurbeln?“

Fragen wie diese begleiten ein im Eiltempo verabschiedetes Mega-Gesetzeswerk, das ein Abgleiten der Rezessi-

on in eine „Katastrophe“ (Obama) verhindern soll.

Kann es das? Arbeitslose wie Rich Brooks aus Milwaukee haben jedenfalls wenig Hoffnung auf bessere Zeiten. Brooks verlor seinen Job beim Paketzusteller UPS und hat seitdem Schulden gemacht, um leben zu können – was wiederum im Alltag eine Arbeitsplatzsuche enorm erschwert. Denn immer mehr Firmen und vor allem staatliche Behörden machen mittlerweile Einstellungen von einer Bonitätsprüfung abhängig. Eine Randerscheinung der Krise, die nicht nur Brooks als „weitere Bestrafung der Arbeitslosen“ sieht – und die im jetzt von der neu-

en US-Regierung gefeierten Konjunktur-Rettungsplan nicht angesprochen wird.

Ebenso fehlt in dem 1073 Seiten starken Gesetz eine klare Regelung, wie notleidenden Hausbesitzern geholfen werden kann. Und jedes Haus, das unter den Hammer kommt, drückt den Durchschnittswert in der betroffenen Nachbarschaft weiter nach unten. „Ein Teufelskreis, den die Regierung stoppen muss, bevor es wieder aufwärts geht“, sagt Jay Russo aus Las Vegas, der innerhalb weniger Tage mit seiner Freundin und den zwei Hundern umziehen musste, weil das Haus seines Vermieters plötzlich versteigert wurde.

Dieser hatte die Miete zwar kassiert, aber schon lange nicht mehr die Raten an die Bank bezahlt. Ein Phänomen, das sich derzeit tausendfach in den USA wiederholt und weitere Krisenverlierer produziert. Und: Viele Hausbesitzer – wie beispielsweise Rentnerin Mary Ruman aus San Antonio im Bundesstaat Texas – sind es mittlerweile leid, immer wieder neue Hiobsbotschaften über den Wertverfall ihres Besitzes zu hören. Sie haben die Hoffnung aufgegeben, werfen ihr Immobilieneigentum auf den Markt und verkaufen mit Verlust, weil sie die schlechten Nachrichten nicht mehr ertragen: „Ich werde künftig mieten“, sagt sie, „dann schlafe ich wieder besser.“

Bei den Stadtvätern von Las Vegas sieht man jetzt Barack Obama in der Bring-schuld, nachdem der Präsident kürzlich die mit öffentlichen Rettungsgeldern unterstützten Unternehmen aufgefordert hatte, nicht auf Steuerzahlerkosten Tagungen in der „Stadt der Sünden“ abzuhalten. Obama müsse sich dafür entschuldigen, mahnte Bürgermeister Oscar Goodman. Ein erstes Trostpflaster gab es jetzt im Stimulus-Paket: Dank eines acht Milliarden Dollar-Etatpostens könnte auch eine lang gewünschte Hochgeschwindigkeits-Bahn von Los Angeles in die Stadt gebaut werden – doch auf die Einnahmen der unter Besucherschwund leidenden Spielermetropole dürfte sich dies in den nächsten Jahren noch nicht auswirken: „Bei uns will niemand darauf wetten, dass es der Politik gelingt, schnell eine Wende zu erreichen“, sagt Computerfachmann Russo.

IRAK

Vorsichtige Annäherung

Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier in Bagdad

Bagdad – Sechs Jahre nach dem Sturz von Saddam Hussein wollen Deutschland und der Irak wieder zusammenarbeiten. „Wir reichen dem neuen Irak die Hand“, sagte Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD), der gestern als erster deutscher Außenminister seit 22 Jahren Bagdad besuchte. Zuletzt war Hans-Dietrich Genscher in der irakischen Hauptstadt.

Siemens, Daimler und andere deutsche Firmen stünden bereit für Projekte im Irak. „Die Sicherheitslage ist nach wie vor schwierig und wir dürfen sie nicht schönreden“, sagte Steinmeier. Es sei

en aber deutliche Anzeichen für wachsende politische Stabilität erkennbar. Die irakische Regierung wertet den Besuch als Vertrauensbeweis.

„Er zeigt das wachsende Vertrauen in unser Land“, sagte Außenminister Hoschar Sebari bei der gemeinsamen Pressekonferenz. Vor allem nach der Unterzeichnung des Truppenabzugsabkommens zwischen dem Irak und den USA kämen nun viele Staaten aus der Deckung, die vorher noch abgewartet hätten. Iraks Ministerpräsident Nuri al-Maliki meinte: „Die deutschen Firmen müssen gar keine großen Anstrengungen

unternehmen, um sich hier wieder zu etablieren. Sie waren hier früher sehr aktiv und genießen einen guten Ruf.“

Aus Sicherheitsgründen war Steinmeiers Besuch vorab nicht angekündigt worden. Vor seinem Abflug in Berlin sagte er: „Meine Reise zeigt: Wir wollen diesen neuen Irak auf dem Weg der demokratischen Konsolidierung und des friedlichen Ausgleichs zwischen Religionen und Ethnien unterstützen.“ Der Delegation gehören Wirtschaftsvertreter sowie die Bundestagsabgeordneten Ottilie Schily (SPD) und Peter Gauweiler (CSU) an. dpa

KAMBODSCHA

Folterer vor Gericht

Historischer Prozess gegen Henker der Roten Khmer

Phnom Penh – Kambodscha hat mit dem ersten Prozess vor dem Völkermord-Tribunal gegen die grausamen Roten Khmer ein neues Kapitel seiner Geschichte aufgeschlagen. Mehr als 30 Jahre nach dem Ende der Schreckensherrschaft begann in der Nähe von Phnom Penh das Verfahren gegen Kaing Guek Eav (66) alias Duch, den obersten Folterer des Regimes. Er leitete das Foltergefängnis Tuol Sleng, berüchtigt als „S 21“. Dort wurden zwischen 1975 und 1979 mehr als 16 000 Menschen ermordet. Er ist wegen vieler Verbrechen gegen die Menschlich-

keit angeklagt. Ihm droht nun eine lebenslange Haftstrafe.

Duch nahm im offenen Hemd hinter seinem französischen Verteidiger Platz. Er folgte der Verhandlung aufmerksam, aber mit versteinerter Miene. Beim Verlassen des Gerichts etwa zur Mittagspause hob er die Hände in einer Demutsbezeugung.

Der Mann, der unter falschem Namen als Lehrer in der Provinz lebte, hat seine Schuld eingestanden und kooperiert mit dem Gericht. Seine Aussage könnte explosiv für die anderen vier Angeklagten werden, denen in Kürze der Prozess gemacht werden soll.

AKTUELLES IN KÜRZE

KONJUNKTURPAKET Mehrheit in Sicht

Für das zweite Konjunkturpaket der Bundesregierung zeichnet sich mit der Zustimmung der schwarz-gelb regierten Länder eine klare Mehrheit im Bundesrat ab. Billigung signalisierten gestern nach Baden-Württemberg auch Hessen, Bayern und Niedersachsen. Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP) sagte, alle fünf von Union und FDP regierten Länder würden einheitlich abstimmen.

JAPAN

Finanzminister geht

Japans Finanzminister Nakagawa hat nach seinem peinlichen Lallen beim G7-Treffen in Rom seinen Rücktritt angekündigt. Mitten in der schwersten Wirtschaftskrise seines Landes seit 1945 beugte sich Nakagawa damit scharfer Kritik. Er hatte in Rom betrunken gewirkt.

GROSSBRITANNIEN

Tony Blair geehrt

Der britische Ex-Premierminister Tony Blair ist für seine Führungsfähigkeiten auf der Weltbühne mit einem Preis in Höhe von einer Million Dollar ausgezeichnet worden. Die Dan David-Stiftung der Uni Tel Aviv bezeichnete Blair als „einen der hervorragendsten Staatsmänner unseres Zeitalters“.

Das Datum

18. Februar 1919: Der Ausschuss der deutschen Länder in der Weimarer Nationalversammlung beschließt, die Traditionsfarben Schwarz-Rot-Gold als deutsche Nationalfarben einzuführen.

18. Februar 1949: In Westdeutschland wird das letzte Todesurteil vollstreckt. Wegen Raubmordes wird der Mechaniker Richard Schuh in Tübingen mit dem Fallbeil enthauptet.

JAPAN/USA

Allianz wird gestärkt

Die USA und Japan wollen ihre Allianz als Sicherheitspartner weiter festigen. Die Allianz sei ein „Eckpfeiler der Außenpolitik“ ihrer Regierung, sagte US-Außenministerin Hillary Clinton in Tokio. Japan ist für Washington seit einem halben Jahrhundert der engste Verbündete in Asien.

VATIKAN

Moschee-Besuch

Papst Benedikt XVI. wird während seiner für Mai angekündigten Nahost-Reise in der jordanischen Hauptstadt Amman auch eine Moschee besuchen. Weiter stehen biblische Orte auf dem Programm wie die Stelle am Jordan, wo Jesus getauft wurde. Anschließend reist der Papst nach Israel und in das Westjordanland.

STIFTUNGSBEIRAT

Steinbach nominiert

Der Bund der Vertriebenen hat seine Präsidentin Erika Steinbach als Kandidatin für den Stiftungsbeirat des Zentrums gegen Vertreibung benannt. Zugleich warf der Verband der polnischen Regierung vor, die Bundesregierung bei der Besetzung des Gremiums erpressen zu wollen. Polens Regierungsbefragter Bartoszewski hatte Steinbachs Berufung scharf kritisiert.